



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

Aufbruch aus der Sackgasse: Neue Akzente für das Swissbanking

Es ist unser Ziel, Ihnen die Auswirkungen der im Jahr 2008 ausgebrochenen Finanz- und Bankenkrise aus der Optik der Mitarbeitenden hier in der Schweiz darzustellen und Wege aus der Krise aufzuzeigen.

Die Struktur der in der Schweiz unter behördlicher Aufsicht stehenden über 300 Banken ist heterogen: Neben den beiden Grossbanken und den 24 Kantonalbanken gibt es nach wie vor eine grosse Anzahl an Regionalbanken und Sparkassen, daneben die vor allem auf die Vermögensverwaltung ausgerichteten in- und ausländischen Institute, letztere jedoch mit zahlenmässig abnehmender Tendenz. Hinzu kommt ab Mitte 2013 die Postfinance als zusätzlicher, gewichtiger Anbieter von Bankdienstleistungen. Die grosse Anzahl der Institute und deren unterschiedliche Ausrichtungen sind der Grund dafür, dass sich die Banken heute in der zentralen Frage des Fortbestandes des Bankgeheimnisses nicht einig sind und auch keine gemeinsame Zukunftsstrategie entwickeln können. Aufgrund der zahlreichen Skandale und der Internationalisierung des Managements in den grösseren Instituten fehlt es zudem in der jetzigen Krise an überzeugenden und glaubwürdigen Leaderfiguren für die gesamte Branche, welche im laufenden politischen Prozess in der Schweiz die nötigen Akzente setzen könnten.

Schleichender Stellenabbau, hohe Arbeitslosigkeit

Was bedeutet diese Situation für die Bankangestellten? Vor allem die Mitarbeitenden in Banken mit internationaler Geschäftstätigkeit sind seit Jahren stark verunsichert: Neben stetig wechselndem Management, stark angeschlagenem Branchenimage und der permanenten Anforderungssteigerung aufgrund der fortschreitenden Spezialisierung und Regulierung kommt nun die Angst um den Arbeitsplatz dazu. Der Stellenabbau erfolgt in den betroffenen Banken meistens schleichend, ohne grosse Schlagzeilen. Aufgrund der schlechten Margen und der Zusatzkosten wegen aufsichtsrechtlichen Vorgaben zeigt der Trend in der gesamten Branche nach unten: Es ist damit zu rechnen, dass die Anzahl der in Banken Beschäftigten in der Schweiz inzwischen auf unter 100'000 Vollzeitstellen und im Ausland auf unter 20'000 gefallen ist. Dies schlägt sich auch in der ungewohnt hohen Anzahl von 4'253 als arbeitslos gemeldeten Bankern Ende 2012 nieder, Tendenz hier leider steigend.

Schweiz als Kompetenzzentrum verteidigen

Obschon der Standort Schweiz für die Erbringung von Dienstleistungen im internationalen Vergleich immer noch eine erste Adresse ist, sind die Aussichten für die Finanzbranche in naher Zukunft nicht rosig. An der Niedrigzinsfront wird sich nächstens kaum etwas ändern

und auch das länderübergreifende Vermögensverwaltungsgeschäft mit Privaten stockt. Die Regulierungen in den letzten Jahren bringen erhebliche Kosten mit sich, die nicht vollumfänglich auf die Kunden abgewälzt werden können. Offen sind auch die Auswirkungen der Kickback-Rechtssprechung des Bundesgerichtes.

Unbestrittenermassen ist der Finanzsektor in der Schweiz mit einem Anteil am Bruttoinlandprodukt von immer noch über 10% zu gross, um sich einzig auf das Inlandgeschäft zu konzentrieren. Es ist deshalb heute dringend nötig, traditionelle und neue Finanzdienstleistungen in hoher Schweizer Qualität in bereits bestehenden und auch in neuen Märkten zu vertreiben, wie dies auch der Bundesrat in seinem Ende 2012 veröffentlichten Bericht zur Finanzpolitik festhält. Das Ziel muss sein, dass die Schweiz ein Kompetenzzentrum für internationale Finanzdienstleistungen bleibt und im Vermögensverwaltungsbereich das Geschäft mit institutionellen Anlegern ausbaut.

Politisch zusehends isoliert

Doch bei der Umsetzung dieser Strategie klemmt es: Die Schweiz hat sich politisch in den letzten Jahren zusehends isoliert und ist bei wichtigen internationalen Verhandlungen nicht gestalterisch am Tisch. Das sture Festhalten an einem Bankgeheimnis, das im Widerspruch zu den Rechtsordnungen der wichtigsten Partnerländer steht, mit denen wir wirtschaftlich eng verflochten sind, führt in eine Sackgasse. Es geht dabei nicht nur um den Ausschluss von wichtigen, zukunftssträchtigen Märkten, sondern auch um die akute Gefahr, sich mit weiteren Schwarzgeldskandalen noch den allerletzten politischen Goodwill zu verspielen.

Selbstverständlich hätte man sich gewünscht, mittels Quellenbesteuerungsabkommen Zeit zu gewinnen, um das Privatbanking sanfter in eine neue Epoche zu überführen. Nach Unterzeichnung des FATCA-Abkommens mit den USA und dem Deutschen Nein zu diesem Weg muss man sich aber jetzt den Realitäten stellen. Die momentanen Auseinandersetzungen mit befreundeten Staaten werden immer aggressiver, wobei inzwischen auch für das Personal durch die erfolgten Mitarbeiterdatenlieferungen von mehreren Banken an die USA eine neue, unzumutbare Eskalationsstufe erreicht worden ist. Es gibt konkrete Hinweise, dass beispielsweise die USA und Deutschland Unterlagen und Erkenntnisse über Steuerhinterziehung in der Schweiz austauschen.

Stopp von widerrechtlichen Personaldatenlieferungen

Es darf nicht sein, dass nun Hunderte von Mitarbeitenden Gefahr laufen, in benachbarten Staaten in Strafverfahren verwickelt zu werden, derweil sich das nach Organigramm dafür zuständige Management wegen einer verfehlten Strategie und angeblicher Unwissenheit aus der Verantwortung ziehen kann. Der SBPV erachtet sämtliche uncodierten Datenlieferungen ausserhalb der Rechts- und Amtshilfe nach wie vor als widerrechtlich und hat mehrfach beim Bund und den Banken gegen diese Lieferungen protestiert. Diese Praxis muss gestoppt werden, nachdem nun klar ist, dass trotz der seit April 2012 erfolgten umfangreichen Lieferungen von uncodierten Kunden- und Mitarbeiterdaten kein Globalabkommen mit den USA in Sicht ist, das insbesondere auch den Bankangestellten einen Schutz bietet. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, das Fenster für weitere, unkontrollierte Lieferungen solcher Daten ausserhalb der Rechts- und Amtshilfe zu schliessen.

Notwendiger Bruch mit Vergangem

Falls die in den letzten Monaten vielbeschworene neue Kultur in der Branche, basierend auf ethischen Grundsätzen und Nachhaltigkeit auch im sensiblen Auslandsgeschäft umgesetzt werden soll, gibt es keinen Platz mehr für angelsächsische Wettspielereien, Boni-Exzesse und halbherzige Weissgeldstrategien. Der SBPV hat Zweifel, ob völlig verfehlte Anreizsysteme künftig mit einer Stärkung der sogenannten Aktionärsdemokratie bekämpft werden können, denn Aktionäre haben bekanntlich primär ein Interesse an einer guten Rendite, wozu ihnen in der Vergangenheit völlig überbezahlte Manager verholfen haben.

Der heutige Zustand erfordert einen raschen Bruch mit Vergangem, nur so gibt es eine Zukunft für ein wieder positiv besetztes Swissbanking und Rechtssicherheit. Ein weiteres Lamentieren über die neuen Gegebenheiten gepaart mit Verräterpolemik wird die Schweizer Banken im Ausland von wichtigen, zukunftssträchtigen Marktsegmenten abschneiden und dazu führen, dass wichtige Leute die Banken verlassen werden, mit einem schmerzhaften Know-how-Verlust. Die Chancen, die Schweiz als Kompetenzzentrum für internationale Finanzdienstleistungen mit einer hohen Anzahl an gut qualifizierten Mitarbeitenden wieder zu festigen, stünden an sich gut. Sie dürfen nun weder durch die Politik, noch durch Partikularinteressen einiger weniger Institute leichtfertig verspielt werden.

Bern, 28. Januar 2013

Peter-René Wyder, Präsident SBPV